

Integrationspolitik unter dem Mittel Europas

Die Schweiz in Staaten-Rankings

In einem Vergleich der Ausländerintegration von 28 Staaten schneidet die Schweiz etwas schlechter ab als die 15 «alten» Mitglieder der EU. In einem entwicklungspolitischen Ranking ist sie wegen des Agrarschutzes gegenüber dem Vorjahr stark zurückgefallen.

C. W. Eine Umschau, wie andere Staaten mit ähnlichen Aufgaben umgehen, kann gewiss anregend oder aufschlussreich sein. Manchmal wird auch versucht, die nationalen Politiken systematisch miteinander zu vergleichen und zu bewerten. Im Auftrag der Gruppe für Migrationspolitik, eines unabhängigen Netzes, und des British Council, finanziell unterstützt von der EU, hat ein Netz wissenschaftlicher Institutionen die Ausländerintegration in den EU-Staaten, Norwegen, Kanada und der Schweiz untersucht und auf einem Index nach verschiedenen Dimensionen rangiert. Betrachtet wurde dabei nur die Stellung der Angehörigen von Nicht-EU-Staaten, und massgebend waren die betreffenden Regelungen, nicht die konkreten Resultate. Für die Schweiz war das neue Ausländergesetz ein Referenzpunkt.

Wirtschaftlich gut, familiär schwierig

Gesamthaft, unter Berücksichtigung aller rund 140 Indikatoren, erreicht die Schweiz den 16. Rang. An der Spitze stehen Schweden, Portugal und Belgien; hinter der Schweiz liegen hauptsächlich osteuropäische Staaten, aber auch, auf Platz 26, Österreich. Am sechstbesten schneidet die Schweiz mit der Regelung für den Arbeitsmarkt ab, wo wenig Einschränkungen gelten - wenn die Ausländer zugelassen sind. Mängel werden bei der Anerkennung ausländischer Qualifikationen registriert. Relativ gut wird mit Platz 10 auch die Möglichkeit der politischen Partizipation eingestuft, da Rechte wie die Vereinigungsfreiheit gewährleistet sind (und EU-Staaten zwar Wahlrechte gewähren, sie aber auf Angehörige der Union beschränken können). Überraschend liegt auch die Einbürgerungspolitik noch knapp über dem Mittel. Hier wird unter anderem berücksichtigt, dass die erworbene Staatsbürgerschaft nur unter restriktiven Bedingungen wieder entzogen werden kann.

Auf den Rängen 20 bis 24 landet die Schweiz mit ihrer Politik bezüglich Daueraufenthalt, Familiennachzug und Bekämpfung der Diskriminierung. Die Niederlassungsbewilligung wird in der Regel erst nach zehn Jahren und ohne Rechtsanspruch erteilt. Obligatorische Kurse, die der Eingliederung dienen sollen, werden bei dem Ranking übrigens negativ bewertet. Die Familienvereinigung ist in der Schweiz nur für Ehepaare und unmündige Kinder unter bestimmten Bedingungen gewährleistet. Und schliesslich gibt es kein Gesetz, das Diskriminierungen zum Beispiel auf dem Arbeits- und dem Wohnungsmarkt verbieten würde. Ob solche Eingriffe in die Vertragsfreiheit überhaupt das Ziel erreichen, ist eine der Fragen, die der Index aufkommen lässt.

Schlechtere Entwicklungspolitik?

Mit ausdrücklichen und berechtigten Zweifeln an der Aussagekraft hat kürzlich die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) auf ihrer Homepage den Index publiziert, den das Center for Global Development in Washington für die Entwicklungspolitik von 21 OECD-Geberländern erstellt hat. Dem Versuch zu einem quantifizierenden Vergleich unterliegt dabei nicht nur die Entwicklungshilfe, sondern die Gesamtheit der für die armen Länder relevanten Politikbereiche. So erhält die Schweiz in der Sicherheitspolitik die Note null, weil sie keine Beiträge an internationale Operationen zur Friedenssicherung und - wer könnte es bestreiten - an den Schutz von Seewegen leiste.

Negativ schlagen auch die Agrarzölle und -subventionen zu Buche. Die direkte und indirekte Stützung der eigenen Landwirtschaft oder vielmehr die Art, wie sie entwicklungspolitisch gewichtet wird, scheint der Hauptgrund dafür zu sein, dass die Schweiz insgesamt innert eines Jahres vom 10. auf den 17. Rang zurückgefallen ist. Gegenüber 2003 hat sich der Wert für die Handelspolitik allerdings nicht verändert. Hervorragend ist andererseits die Note für die Migrationspolitik. Dafür zählt nicht nur die Aufnahme von Flüchtlingen, sondern auch die Einwanderung unqualifizierter Menschen aus Entwicklungsländern. Diese ist indessen weder von der Schweiz gewollt noch unbedingt positiv. Denn allfällige Geldüberweisungen von Erwerbstätigen an ihre Familienangehörigen zu Hause sind wohl eine Überlebenshilfe, aber nicht schon ein Beitrag an die Entwicklung.